

## Beschluss

1.5 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 24.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für  
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die  
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel  
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen  
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns  
6 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer  
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,  
8 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

9 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel  
10 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs  
11 extrem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller  
12 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine  
13 beschlossenen Klimaziele realisieren.

#### 14 **Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen**

15 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen  
16 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.  
17 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner\*innen und Mitarbeiter\*innen an und in  
18 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan  
19 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und  
20 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in  
21 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend  
22 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen  
23 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber im nötigen Umfang erbracht werden. Zudem  
24 subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die Entnahme  
25 von  
26 Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

#### 27 28 **Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen**

29 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen  
30 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und  
31 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass  
32 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf. Zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue  
33 verkleinern. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II  
34 ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch

35 die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die  
36 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit  
37 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten  
38 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und  
39 Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen. Kann oder will sie diese nicht erbringen, sollen die neuen  
40 Hauptbetriebspläne nicht genehmigt werden. Das Landesbergamt muss hier entschlossen handeln und die  
41 Ermessenskriterien zur Bestimmung voll ausschöpfen.  
42 Das aus altem DDR-Recht resultierende Eigentum des Bundes an Brandenburger Bodenschätzen und die  
43 damit einhergehende Benachteiligung von Brandenburger Grundbesitz wollen wir endlich beenden.  
44 Deswegen setzen wir uns für ein sofortiges Verkaufsmoratorium und die baldige Löschung der  
45 bundeseigenen "selbstständigen Bergwerkseigentume" im Zuge der überfälligen Modernisierung und  
46 Vereinheitlichung des deutschen Bergrechts ein.

#### 47 **Chancen nutzen, Risiken vermeiden**

48 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den  
49 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten  
50 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist  
51 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die  
52 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere  
53 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die  
54 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für  
55 immer mehr Bürger\*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und  
56 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an die Klimakrise schon jetzt Realität – und  
57 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue  
58 Arbeitsplätze schaffen  
59 und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

60 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch  
61 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen  
62 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit  
63 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die  
64 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen  
65 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen  
66 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie  
67 Verfahrenstechniker\*innen, Maschinenbauer\*innen, Elektrotechniker\*innen, Mechatroniker\*innen usw. sind  
68 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen  
69 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen  
70 müssen entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus  
71 dem Bereich der Energiewende genutzt werden.

72 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,  
73 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir  
74 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.  
75 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der  
76 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum  
77 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,  
78 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende  
79 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

#### 80 **Lausitz-Steuerungskreis einsetzen**

81 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die  
82 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region

83 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)  
84 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

#### 85 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

86 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein  
87 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).  
88 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den  
89 vielfältigen Akteur\*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

#### 90 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

91 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und  
92 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.  
93 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.

94 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 95 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 96 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 97 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

#### 98 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

99 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht  
100 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher  
101 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 102 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 103 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,
- 104 • Finanzierungsmechanismus für Investitionen in der Region.

105 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds ergänzend zu Förderangeboten des Landes,des  
106 Bundes und der EU wirken.

#### 107 **Lausitzstiftung gründen**

108 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des  
109 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,  
110 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu  
111 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als  
112 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über  
113 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die  
114 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.  
115  
116